FRIEDRICHSHAFEN

Stadtverwaltung Friedrichshafen

Rechnungsprüfungsamt

Schlussbericht

über die örtliche Prüfung

des Jahresabschlusses 2024

des Altenpflegeheims Karl-Olga-Haus

Friedrichshafen, den 13.11.2025

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung der Prüfung ..... - 2 -

I. Vorbemerkungen ..... - 3 -

1. Prüfungsauftrag ..... - 3 -

2. Prüfungsgegenstand und Umfang ..... - 3 -

3. Prüfungsunterlagen ..... - 4 -

4. Überörtliche Prüfung ..... - 5 -

II. Rechtliche Verhältnisse ..... - 5 -

1. Rechtliche Grundlagen ..... - 5 -

2. Wesentliche Regelungen / Verträge ..... - 5 -

III. Wirtschaftsführung und Rechnungslegung ..... - 6 -

1. Wirtschaftsplan ..... - 6 -

1.1 Plan- Ist-Vergleiche zur Übersicht ..... - 7 -

1.2 Wesentliche Abweichungen ..... - 9 -

2. Kassenwirtschaft ..... - 10 -

3. Finanzbuchhaltung und EDV-Verfahren ..... - 10 -

4. Rechnungslegung ..... - 11 -

4.1 Jahresabschlüsse 2023 und 2024 ..... - 11 -

4.2 Bilanz ..... - 11 -

4.3 Gewinn- und Verlustrechnung ..... - 15 -

4.4 Anhang ..... - 18 -

4.5 Lagebericht ..... - 19 -

5. Einzelthemen der Abschlussprüfung ..... - 20 -

5.1 Entwicklung der Heimentgelte ..... - 20 -

5.2 Stellenplan und besetzte Stellen ..... - 21 -

5.3 Umlagen für Ausbildung ..... - 22 -

5.4 Anmietung von Wohnraum ..... - 22 -

5.5 Kennzahlen zu Aufwendungen und Erträgen ..... - 22 -

6. Beschlussempfehlung ..... - 23 -

Abkürzungsverzeichnis

AfA	Absetzung für Abnutzung (Abschreibung)
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung für Baden-Württemberg
GemO	Gemeindeordnung für Baden-Württemberg
GemPrO	Gemeindeprüfungsordnung für Baden-Württemberg
GJ	Geschäftsjahr
GoB	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
GPA	Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg
GR	Gemeinderat
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
JA	Jahresabschluss
KOH	Karl-Olga-Haus
KrHRVO	Krankenhausrechnungsverordnung
PBV	Verordnung über die Rechnungs- und Buchführungspflichten der Pflegeeinrichtungen
PG	Pflegegrad der Bewohnerinnen und Bewohner
rd.	rund
RP	Regierungspräsidium Tübingen
RPA	Rechnungsprüfungsamt
SAP	bei der Stadt Friedrichshafen eingesetzte Finanzsoftware
SBA	Stadtbauamt
STK	Stadtkasse, Abteilung der Stadt- und Stiftungspflege
STP	Stadt- und Stiftungspflege
UVgO	Unterschwellenvergabeverordnung
ZE	Zeppelin-Stiftung
ZW	Zeppelin Wohlfahrt GmbH

Zusammenfassung der Prüfung

Unsere Prüfung erfolgte nach den Vorgaben der Gemeindeordnung (GemO) und der Gemeindeprüfungsordnung (GemPrO). Neben dem förmlichen Teil haben wir geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit einschlägigen Vorschriften und Bestimmungen geführt wurden.

Das Geschäftsjahr (GJ) 2024 schließt mit einem Jahresüberschuss von 4.105.943,28 EUR ab. Dieser wird mit dem Bilanzverlust des Vorjahres verrechnet und auf neue Rechnung vorgetragen.
Der Überschuss ist auf den im Berichtsjahr 2024 ergebniswirksam erfolgten Ausgleich der kumulierten Verluste bis zum 31.12.2023 zurückzuführen. Der Ausgleich erfolgte durch die Buchung eines Ertrags von 6.406.841,52 zum 17.12.2024 (GR-DS Nr. 2024/261).
Ohne diesen Ertrag wäre das Jahresergebnis ein Verlust in Höhe von 2.300.898,24 EUR gewesen.
Die bis zum 31.12. eines jeden Jahres kumulierten Verluste werden zukünftig mit dem jeweiligen Jahresabschluss durch eine Zahlung aus dem Stiftungshaushalt ausgeglichen.
Allerdings stellt dieses Jahresergebnis nicht den wirklichen Erfolg dar. Es ist um 394 TEUR zu niedrig ausgewiesen, da die Umsätze aus Heimbewohnerabrechnungen für den Januar 2024 nicht korrekt abgegrenzt wurden und schon als Umsätze für Dezember 2023 in das Jahresergebnis 2023 eingeflossen waren.

Nach wie vor gibt es Abweichungen zwischen dem Abschluss nach Pflegebuchführungsverordnung (PBV) und dem Jahresabschluss der Stadt. Ursächlich ist die 2019 vorgenommene Einbindung des Buchungskreises des KOH in den Finanzkreis des Stiftungshaushaltes. 2023 wurde versucht, die Buchhaltung in SAP durch eine vollständige Nacherfassung anzugleichen. Laut STK ist dies jedoch nicht vollständig möglich. Wir empfehlen daher weiterhin die Wiederausgliederung des KOH aus dem Finanzkreis der Stiftung und die Buchführung mit einem PBV-konformen Programm.

Wir haben in diesem Jahr den Lagebericht geprüft. Er gibt einen klaren Überblick über die Situation des KOH.

Aus der Vermietung von seitens des KOH angemieteten Wohnungen ergibt sich ein Defizit i. H. v. rund 42 TEUR (2023: 39 TEUR). Sich daraus ergebende lohnsteuer- sowie stiftungsrechtliche Fragen wurden auskunftsgemäß vom Fachamt geklärt. Laut Heimleitung ergibt sich aus den vergünstigten Mieten kein geldwerter Vorteil für die Mitarbeitenden.

Schon im Vorjahr hatten wir angeregt, den Auftrag zur Erstellung des JA hinsichtlich einer ausdrücklichen Plausibilitätsbeurteilung auszuweiten. Gemäß Heimleitung wurde seitens ZE aus Kostengründen darauf verzichtet. Wir erachten dies immer noch für sinnvoll und halten an unserer Empfehlung fest.

Im Ergebnis bestätigen wir die Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns und die Einhaltung der Vorschriften.

I. Vorbemerkungen

1. Prüfungsauftrag

Gesetzliche Verpflichtung zur Prüfung des Jahresabschlusses gem. §110 GemO.

Gem. § 110 GemO prüft das Rechnungsprüfungsamt (RPA) den Jahresabschluss der Stadt vor seiner Feststellung durch den Gemeinderat (GR). Die Prüfung erstreckt sich über das gesamte Haushaltsjahr und ist innerhalb von vier Monaten nach Aufstellung des Jahresabschlusses abzuschließen. Das Ergebnis der Prüfung wird im vorliegenden Schlussbericht festgehalten.

Maßgeblich für die Rechnungslegung des KOH sind die Regelungen der PBV. Diese gesetzlichen Grundlagen erfordern die Erstellung eines umfangreichen Zahlenwerks als überprüfbare Dokumentation gegenüber den Pflegekassen, den Förderbehörden sowie den Pflegebedürftigen.

Ziele der PBV sind, Grundlagen zur Kalkulation einheitlicher Pflegesätze zu schaffen, wirtschaftliches Arbeiten der Pflegeeinrichtungen zu fördern sowie die Verwendung von Fördermitteln zu kontrollieren.

Jahresabschluss nach PBV als einzig Maßgeblicher für das KOH.

Der nach PBV aufzustellende JA ist kommunalrechtlich der einzig maßgebliche für das KOH. Er ist gem. § 8a Abs. 1 i. V. m. § 7 Abs. 1 Krankenhausrechnungsverordnung (KrHRVO) Bestandteil des kommunalen Abschlusses und daher spätestens mit diesem zusammen festzustellen.

2. Prüfungsgegenstand und Umfang

Der vorgelegte Jahresabschluss mit Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) sowie dem Anhang ist unter Einbeziehung der Unterlagen der Wirtschaftsführung, des Rechnungswesens, der Vermögensverwaltung und erforderlichenfalls anderer Akten zu prüfen.

In Anwendung des § 110 Abs. 1 GemO ist insbesondere darauf zu achten, ob

- bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
- der Wirtschaftsplan eingehalten worden ist und
- das Vermögen sowie die Schulden und Rückstellungen richtig nachgewiesen worden sind.

Die richtige Vorgangsbearbeitung sowie die rechnerische und sachliche Prüfung der Rechnungen und sonstigen Unterlagen (Verträge, Rapporte, Quittungen, Verwendungsnachweise usw.) ist originäre Aufgabe der im KOH für diesen Bereich verantwortlichen städtischen Mitarbeitenden.

Umfang und Einstiegstiefe unserer Prüfung bestimmen sich risikoorientiert nach formellen und materiellen Gesichtspunkten. Darüber hinaus achten wir darauf, dass die internen Zuständigkeiten nach der Hauptsatzung und der Zuständigkeitsordnung eingehalten werden.

Das RPA prüft in Stichproben, unterjährig und nachfolgend.

2024 prüften wir in Stichproben, ob bei der Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung nach dem Gesetz und den bestehenden Verträgen und Regelungen verfahren wurde und ob sich der Inhalt der Verträge und dienstlichen Vorgaben im Rahmen der Rechtsvorschriften bewegt.
Des Weiteren prüfen wir nach Kassenvollzug bzw. nachfolgend (Abschlussprüfung). Wir nutzen dafür die EDV-Verfahren SAP und Questys (Belegarchivierungsprogramm).
Unser Hauptaugenmerk lag auf der Sichtprüfung einzelner Belege, der Prüfung der Zahlstellenabrechnung und der Durchsicht der Sachkonten. Vertieft geprüft haben wir Jahresstatistiken, Inventurlisten und offene Posten. Auf die Prüfung von Heimbewohnerrechnungen wurde verzichtet.
Wir führten zusätzlich eine Prüfung auf mögliche Doppelerfassungen bzw. Doppelzahlungen durch. Es ergaben sich keine wesentlichen Beanstandungen.

Die Prüfung des bautechnischen Bereichs übernimmt ein Bauprüfer. Neben der eigentlichen Prüfung berät er bei Unklarheiten auf dem Gebiet von Ausschreibungs- und Vergabeverfahren.

Politische Entscheidungen der gewählten Gremien unterliegen nicht unserer Prüfung. Auch stiftungs- und steuerrechtliche Fragen wurden nicht geprüft.

Gute Zusammenarbeit während der Prüfung.

Sämtliche von uns im Rahmen dieser Prüfung erbetenen Auskünfte und Nachweise wurden zeitnah und selbstverständlich erbracht.
Die Prüfungshandlungen sind gemäß § 109 Abs. 2 GemO unabhängig und eigenverantwortlich durchgeführt worden. Weisungen wurden dem RPA nicht erteilt.

3. Prüfungsunterlagen

Als Prüfungsunterlagen standen uns zur Verfügung:

- der Jahresabschluss 2024 des KOH, bestehend aus Bilanz, GuV und Anhang,
- der Lagebericht der Heimleitung,
- SAP-Auswertungen der STK, u. a. zum Anlagevermögen, Summen- und Saldenlisten, offene-Posten-Listen sowie der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt des BK 6000,
- eigene Auswertungen des Buchhaltungssystems SAP,
- die bei der Stadtkasse abgelegten und mit Questys abrufbaren Buchhaltungsbelege,
- Listen über das Ergebnis der Inventur sowie
- Statistiken über Belegung und Personal.

Vollständigkeitserklärung unterzeichnet.

Die berufsübliche Vollständigkeitserklärung wurde vom Heimleiter am 16.06.2025 unterzeichnet.

4. Überörtliche Prüfung

Neben der örtlichen Prüfung durch das RPA unterliegt das KOH der überörtlichen allgemeinen Finanzprüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg (GPA) gem. den §§ 113 und 114 GemO. Sie fand zuletzt für die Jahre 2014 - 2019 statt. Die Feststellungen aus dieser Prüfung wurden mittlerweile abschließend aufgegriffen.

GPA hat auch KOH geprüft. Prüfung ist abgeschlossen.

II. Rechtliche Verhältnisse

1. Rechtliche Grundlagen

Das KOH ist eine stationäre Pflegeeinrichtung im Sinne des Sozialgesetzbuches und damit eine selbständig wirtschaftende Einrichtung, mit der ein Versorgungsvertrag gegenüber den Pflegekassen besteht.

Wirtschaftsführung und Verwaltung richten sich nach der KrHRVO sowie der PBV.

Darüber hinaus finden das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz sowie die für Baden-Württemberg geltende Heimgesetzgebung Anwendung. Die rechtliche Grundlage für den Aufenthalt und die Pflege im KOH ist der Heimvertrag, der mit den Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern geschlossen wird. Diese Vorgaben unterlagen nicht unserer Prüfung.

Dezernent im Berichtsjahr ist Herr Bürgermeister Andreas Hein. Leiter des KOH ist Herr Christof König.

2. Wesentliche Regelungen / Verträge

<u>Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI sowie Pflegesatzvereinbarung und Leistungs- und Qualitätsvereinbarung (LQV) nach § 85 SGB XI</u>
Im GJ 2024 galt weiterhin der Versorgungsvertrag vom 01.01.2021 mit Ergänzungsvereinbarung ab 01.09.2022.
Dieser sieht 94 Plätze für vollstationäre Pflege (einschl. zehn Plätze für die eingestreute Kurzzeitpflege) vor. Hierbei ist zu erwähnen, dass die Zahl der Pflegeplätze durch die Ausnahme zur Landesheimbauverordnung mittlerweile auf 88 Plätze gesenkt wurde.

Die <u>Pflegesatzvereinbarung</u> vom 01.05.2023 galt bis 30.04.2024, die Pflegesatzvereinbarung vom 01.05.2024 galt bis 31.05.2025. Mit der aktuellen Pflegesatzvereinbarung zum 01.06.2025 stieg der Pflegesatz im Schnitt um 7,5%, der Satz für Unterkunft um ca. 11%.

<u>Verträge Energielieferung</u>
Der Rahmenvertrag der Stadt mit der Stadtwerk am See GmbH & Co. KG über die Lieferung von Erdgas gilt auch für das KOH. Ebenso der Vertrag mit dem Energieversorger Naturenergie-Hochrhein AG über den Bezug von Strom.

Wäschepflegevertrag
Der Wäschepflegevertrag wurde zum 01.01.2025 neu ausgeschrieben. Den Auftrag hat ein anderer Anbieter als im Jahr 2024 erhalten.

Inkontinenzartikel
Der Vertrag wurde auf den 31.12.2024 gekündigt und beschränkt ausgeschrieben. Es wurde ein Vertrag mit einem neuen Anbieter geschlossen. Der Vertrag gilt bis 31.12.2026.

Jahresverträge mit Handwerksbetrieben
Das KOH ist in die Jahresausschreibungen des SBA einbezogen (Liegenschaftsbereich 4). Die Beauftragung der Handwerker geschieht auskunftsgemäß ausschließlich über das SBA.

Mietverträge über Wohnraum
Seit 2020 mietet die Heimleitung Wohnungen im Stadtgebiet an und vermietet diese an Auszubildende und Mitarbeitende weiter. Zum Bilanzstichtag bestanden Mietverhältnisse für drei Objekte. Einer der Mietverträge wurde zum 31.07.2025 ordnungsgemäß beendet. Von den beiden verbleibenden Verträgen ist einer unbefristet, der andere endet am 31.07.2027. Die Verträge sind unter „sonstige finanzielle Verpflichtungen“ aufgeführt. Weitere Details hierzu sind im Abschnitt 5.4 dieses Berichts zu finden.

Mietverträge über Tiefgaragen-Stellplätze
2024 wurden Einnahmen von 8.944 EUR netto (2023: 9.117 EUR) erzielt; die Vermietung ist umsatzsteuerpflichtig. Einzelheiten unterlagen nicht unserer Prüfung. Unsere Empfehlung, eine Erhöhung der seit Jahren unveränderten Mieten zu prüfen, wurde aufgegriffen. Die Miete erhöhte sich zum 01.01.2025 um ca. 13,5%.

Hinzu kommen weitere Verträge z. B. im Bereich Telekommunikation, zur Hausverwaltung oder Hausmeistertätigkeiten. Darüber hinaus bestehen teils seit vielen Jahren Verträge insbesondere mit der Städt. Wohnbau GmbH und mit der Zeppelin Wohlfahrt GmbH. Auskunftsgemäß steht hier eine Überarbeitung an.

III. Wirtschaftsführung und Rechnungslegung

1. Wirtschaftsplan

Wieder gesonderter Ausweis des Wirtschaftsplans in der Haushaltssatzung.

Seit Einbindung des KOH in den Stiftungshaushalt war kein separater Wirtschaftsplan mehr erstellt worden. Die diesbezügliche Prüfungsanmerkung der GPA wurde aufgegriffen. Seit dem Doppelhaushalt 2025/2026 ist der Wirtschaftsplan des KOH in der Haushaltssatzung gesondert ausgewiesen.

Stellenplan im Stiftungshaushalt.

Das KOH erledigt seine Aufgaben mit städtischem Personal. Daher findet sich außerhalb des Stellenplans keine weitere Stellenübersicht.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 19.12.2022 den Doppelhaushalt 2023/2024 beschlossen (DS-Nrn. 2022/156, 2022/156/1 und 2022/156/2) bzw. den Stellenplan betreffend die DS-Nrn. 2022/165, 2022/165/1 und 2022/165/2.

Das Regierungspräsidium (RP) Tübingen als zuständiger Rechtsaufsichtsbehörde bestätigte mit Haushaltserlass vom 10.03.2023 die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung. Die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte am 08.04.2023. Mit Ablauf der Auslegungsfrist (11.04. bis 19.04.2023) trat die Rechtskraft rückwirkend zum 01.01.2023 ein.

1.1 Plan- Ist-Vergleiche zur Übersicht

Planung
Im Teilhaushalt 4 wurden die voraussichtlichen Erträge und Aufwendungen wie folgt veranschlagt (Doppelhaushalt S. 167 ff):

Anteilige ordentliche Erträge (Hh-Plan, Nr. 1 - 10)	5.381.900 EUR 2023: 5.381.900 EUR
Anteilige ordentliche Aufwendungen (Hh-Plan, Nr. 12 - 18)	7.245.320 EUR 2023: 7.175.470 EUR
Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	-1.863.420 EUR 2023: -1.793.570 EUR

Ergebnis
Laut GuV ergaben sich die folgenden ordentlichen Erträge und Aufwendungen:

ordentliche Erträge (GuV, Nr. 1 – 6, 12, 16)	12.086.334 EUR 2023: 5.897.620 EUR
ordentliche Aufwendungen (GuV, Nr. 7 – 11, 13 – 15, 17)	7.980.391 EUR 2023: 7.437.218 EUR
ordentliches Ergebnis	4.105.943 EUR 2023: -1.539.598 EUR

In der Planung ging die Heimleitung für 2024 von einem Ressourcenbedarf von 1.863.420 EUR (2023: -1.793.570 EUR) aus.

Ausweislich der GuV ist das Jahresergebnis mit 4.105.943 EUR positiv (2023: -1.539.598 EUR). Allerdings wurden zum einen die Umsätze aus dem Januar 2024 dem Vorjahr 2023 zugerechnet. Zum anderen der Verlustausgleich bis einschließlich 2023 (6.406.842 EUR) als Sonstiger betrieblicher Ertrag ausgewiesen.
Um einen aussagekräftigen Vergleich zwischen Soll- und Ist-Werten zu ermöglichen, ist dieser rauszurechnen, er ist nicht durch das wirtschaftliche Handeln 2024 bedingt.

Plan- Ist-Vergleich mit Ist-Zahlen gemäß GuV, ohne Erträge aus Verlustausgleich

Planung

Anteilige ordentliche Erträge (Hh-Plan, Nr. 1 - 10)	5.381.900 EUR 2023: 5.381.900 EUR
Anteilige ordentliche Aufwendungen (Hh-Plan, Nr. 12 - 18)	7.245.320 EUR 2023: 7.175.470 EUR
Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	-1.863.420 EUR 2023: -1.793.570 EUR

Ergebnis
Dann ergeben sich die folgenden ordentlichen Erträge und Aufwendungen:

ordentliche Erträge (GuV, Nr. 1 – 6, 12, 16)	5.679.492 EUR
	2023: 5.897.620 EUR
ordentliche Aufwendungen (GuV, Nr. 7 – 11, 13 – 15, 17)	7.980.391 EUR
	2023: 7.437.218 EUR
ordentliches Ergebnis	-2.300.898 EUR
	2023: -1.539.598 EUR

Ausweislich der GuV - korrigiert um die Erträge aus dem Verlustausgleich - beträgt der Jahresfehlbetrag -2.300.898 EUR.

Plan- Ist-Vergleich mit Ist-Zahlen gemäß GuV, ohne Erträge aus Verlustausgleich, mit korrigierten Umsatzerlösen für Januar 2024

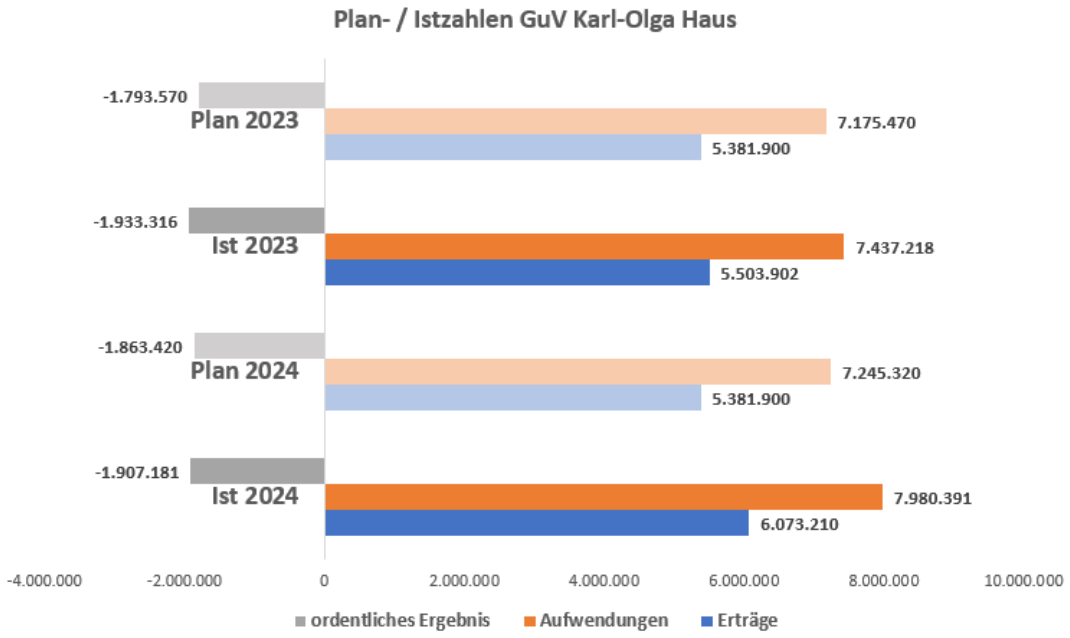
Durch die nicht richtige Abgrenzung der Umsätze aus dem Januar 2024 war das Jahresergebnis 2023 um 394 TEUR zu gut ausgewiesen und das Jahresergebnis 2024 um ebendiesen Betrag zu niedrig. Bereinigt man die Ist-Zahlen auch um diesen Betrag, ergibt sich folgender Plan-Ist-Vergleich für die Jahre 2024 und 2023:

Planung

Anteilige ordentliche Erträge (Hh-Plan, Nr. 1 - 10)	5.381.900 EUR
	2023: 5.381.900 EUR
Anteilige ordentliche Aufwendungen (Hh-Plan, Nr. 12 - 18)	7.245.320 EUR
	2023: 7.175.470 EUR
Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	-1.863.420 EUR
	2023: -1.793.570 EUR

Ergebnis
Laut GuV ergaben sich die folgenden ordentlichen Erträge und Aufwendungen:

ordentliche Erträge (GuV, Nr. 1 – 6, 12, 16)	6.073.210 EUR
	2023: 5.503.902 EUR
ordentliche Aufwendungen (GuV, Nr. 7 – 11, 13 – 15, 17)	7.980.391 EUR
	2023: 7.437.218 EUR
ordentliches Ergebnis	-1.907.181 EUR
	2023: -1.933.316 EUR



1.2 Wesentliche Abweichungen

Die hier aufgeführten Ertragszahlen entsprechen den Salden aus der GuV, korrigiert um Verlustausgleich und Falschabgrenzung.

Bezeichnung	Plan 2024	Ergebnis 2024	Ergebnis 2023
	alle Beträge in EUR		
Ertragsarten			
Erträge vollstation. Pflege und Kurzzeitpflege	3.354.000	3.956.284	3.414.378
Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	930.000	1.080.590	929.474
Erträge aus Investitionskosten	450.000	419.189	383.223
Umsatzerlöse gem. § 277 Abs. 1 HGB	210.600	299.276	493.649
Aufwandsarten			
Personalaufwand	4.468.930	*4.857.619	4.211.155
Einkauf Lebensmittel und Getränke	173.000	227.032	231.582
Wasser, Energie, Brennstoffe	250.000	170.180	151.703
Miete für Einrichtung und Ausstattung	65.000	44.335	23.062
Abschreibungen	379.450	482.983	** 770.199
Instandhaltung und Instandsetzung	73.500	222.581	205.834
Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	1.289.040	1.202.285	1.239.395
Zinsen für Kassenkredit	4.080	292.386	143.679

** inklusive Zunahme der Rückstellungen sowie besonderer Personalaufwendungen.*
*** Ursächlich ist die im Jahr 2023 erfolgte Korrektur von Fehlern aus dem Jahr 2022, die bei der Abschreibung des Gebäudes durch einen falschen Abschreibungsschlüssel und eine Korrekturbuchung mit falschem Vorzeichen entstanden sind.*

2. Kassenwirtschaft

Die laufenden Kassengeschäfte werden von der Stadtkasse wahrgenommen.

Die Verzinsung der anteiligen Kassenstände am Gesamtkassenbestand erfolgte 2024 gem. der Verfügung des Oberbürgermeisters vom 23.07.2015 bzw. 01.05.2023.
Sollbestände werden in Höhe des jeweils geltenden Kontokorrentzinssatzes für das städtische Geschäftskonto bei der Sparkasse Bodensee verzinst. Der Anteil des KOH am Kassensollbestand der Stadtkasse wird quartalsweise abgerechnet.

2024 durchgängige Inanspruchnahme von Kassenkrediten.

Innere Kassenkredite kamen im GJ 2024 durchgängig vor. Sie betrugen zum 01.01.2024 -5.804.005,35 EUR und zum 30.12.2024 -1.139.197 EUR. Ein Kassenkredithöchstbetrag ist nicht festgelegt. Die im vierten Quartal 2024 abgerechneten 67.514,91 EUR wurden - analog der Buchungssystematik aus Vorjahren - als Aufwand im GJ 2025 verbucht.

Die Höhe dieses Kassenkredites ist maßgeblich durch die Steuerungs- und Serviceumlagen beeinflusst (1.202.285 EUR). Zusammen mit dem Zinsaufwand (292.386 EUR) macht das den größten Teil des bereinigten negativen Jahresergebnisses aus.

3. Finanzbuchhaltung und EDV-Verfahren

Die Buchung der Geschäftsvorfälle erfolgt nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung gemäß den Vorgaben der PBV.

Programmfreigaben für die eingesetzten EDV-Verfahren liegen vor.

In SAP eingesetzt werden die Module FI (Finanzbuchhaltung) und FI-AA (Anlagenbuchhaltung).

Buchungsbelege werden im Vorverfahren Profsys bzw. in SAP vorerfasst und von STK durchgebucht. Anschließend werden sie mithilfe des EDV-Verfahrens Questys digital archiviert.

Zum Jahreswechsel 2024 / 2025 wurde ein Dienstplanprogramm der Firma Geocon Software GmbH neu beschafft. Die Software enthält auch ein Zeiterfassungsprogramm. Die dazugehörigen vier Zutrittsterminals sind im Anlagevermögen 2024 erfasst, die Inbetriebnahme erfolgte im Februar 2025.

TopCash als revisionssicheres Kassensystem eingeführt.

Die Einführung von TopCash, einem EDV-System für unbaren Zahlungsverkehr um revisions-, kassen- und steuerrechtlichen Vorschriften zu genügen, ist im Jahr 2024 erfolgt. Durch die unmittelbare Erfassung der Zahlungen sinken Arbeitsaufwand und Fehlerhäufigkeit. Der Ablauf des Essensmarkenverkaufs kann direkt nachvollzogen werden. Die bargeldlose Zahlung erhöht zudem die Sicherheit, da weniger Bargeld in der Zahlstelle aufbewahrt wird.

4. Rechnungslegung

4.1 Jahresabschlüsse 2023 und 2024

Jahresabschluss 2023 wurde am 09.12.2024 festgestellt und anschließend bekannt gemacht.

Der kommunale Jahresabschluss 2023 wurde vom Gemeinderat am 09.12.2024 festgestellt (DS-Nr. 20024/259). Zuvor erfolgte ebenfalls in der Sitzung vom 09.12.2024 die Feststellung des Abschlusses des Karl-Olga-Hauses nach PBV (DS-Nr. 2023/261).

Dem RP wurde die Feststellung der Abschlüsse gem. § 95 b Abs. II GemO mit Schreiben vom 16.12.2024 mitgeteilt. Die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg (GPA) wurde mit Schreiben vom 12.12.2024 diesbezüglich in Kenntnis gesetzt.

Nach ortsüblicher Bekanntmachung vom 11.12.2024 lagen die Abschlüsse mit den dazugehörigen Berichten in der Zeit vom 12.12. bis 20.12.2024 während der üblichen Dienstzeiten zur öffentlichen Einsicht aus.

Mit der Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 wurde die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Baker Tilly GmbH & Co. KG beauftragt. Der vollständige JA 2024 in digitaler Form wurde vom Ersteller am 16.06.2025 innerhalb der vorgeschriebenen sechsmonatigen Frist unterzeichnet.

Das RPA hat die 4-monatige Frist zur Prüfung dieses Jahresabschlusses (§ 110 Abs. II GemO) überschritten.

Jahresabschluss 2024 wird fristgerecht festgestellt.

Die Frist nach § 95b Abs. 1 Satz 2 GemO, wonach der Jahresabschluss bis zum 31.12. des Folgejahres festgestellt werden soll, wird eingehalten.

4.2 Bilanz

Die Bilanz wurde ordnungsgemäß aus den Konten der kaufmännischen Buchführung entwickelt. Auf die Unschärfe der Abgrenzung von Umsatzerlösen wurde hingewiesen.

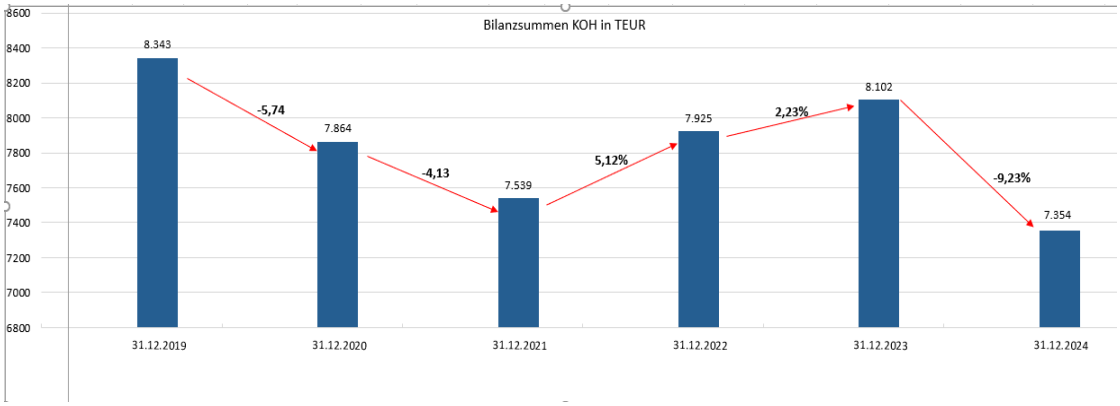
Das Eigenkapital zum 31.12.2024 sowie die Bilanzsumme zum 31.12.2024 sind in richtiger Höhe ausgewiesen.

Erklärung für hohes Eigenkapital.

Die Höhe des Eigenkapitals beträgt zum 31.12.2024 3.321.545,11 EUR. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag, der zum 31.12.2023 mit 784.398,17 EUR auf der Aktivseite ausgewiesen wurde, reduziert sich auf 0,00 EUR. Das Eigenkapital wird zum 31.12.2024 wieder auf der Passivseite ausgewiesen. Grund hierfür ist der Ausgleich der bis zum 31.12.2023 kumulierten Verluste durch den Stiftungshaushalt.

4.2.1 Vermögens- und Kapitalstruktur

Vermögen und Kapital entwickelten sich in den Jahren 2019 - 2024 wie folgt:



	31.12.2019		31.12.2020		31.12.2021		31.12.2022		31.12.2023		31.12.2024
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Vermögen											
Sachanlagen und immat. V	8.082	-4,21%	7.742	-4,02%	7.431	3,96%	7.725	-2,82%	7.507	-4,04%	7.204
Vorräte	31	100,00%	62	-19,35%	50	0,00%	50	0,00%	50	-30,00%	35
Forderungen	224	-75,45%	55	-1,82%	54	177,78%	150	263,33%	545	-78,90%	115
Flüssige Mittel	0,35	0,00%	0,35	0,00%	0,35	0,00%	0,35	0,00%	0,35	0,00%	0,35
Rechnungsabgrenzungen	6	-16,67%	5	-20,00%	4	-100,00%					
Summen	**8.343**	**-5,74%**	**7.864**	**-4,13%**	**7.539**	**5,12%**	**7.925**	**2,23%**	**8.102**	**-9,23%**	**7.354**

	31.12.2019		31.12.2020		31.12.2021		31.12.2022		31.12.2023		31.12.2024
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Kapital											
Eigenkapital	4.530	-28,30%	3.248	-35,31%	2.101	-64,06%	755,00	-203,84%	-784	-523,72%	3.322
Sonderposten / Ertragszus	2.095	-8,16%	1.924	-8,37%	1.763	-8,56%	1.612,00	-9,74%	1.455	-10,24%	1.306
Rückstellungen	217	41,94%	308	-1,62%	303	52,15%	461,00	-37,96%	286	19,58%	342
Verbindlichkeiten	1.502	58,79%	2.385	41,43%	3.373	51,11%	5.097,00	40,18%	7.145	-66,63%	2.384
Summen	8.344	**-5,74%**	**7.865**	**-4,13%**	**7.540**	**5,11%**	**7.925,00**	**2,23%**	**8.102**	**-9,23%**	**7.354**

Hinsichtlich der Entwicklung der Bilanzsummen ist zu beachten, dass die Bilanzsumme 2022 aufgrund der erwähnten Fehler bei der AfA des Gebäudes zu hoch ausgewiesen wurde. Durch die Korrekturbuchungen im Jahr 2023 hat die Bilanzsumme zum 31.12.2023 die Höhe, die sie ohne die Fehler aus 2022 und die anschließende Korrektur aus 2023 gehabt hätte.

4.2.2 Aktiva

4.2.2.1 Anlagevermögen

Die Anlagenbuchhaltung haben wir vertieft geprüft. Zugänge aus Anschaffungskosten, Nutzungsdauer und Abschreibungsart wurden richtig erfasst. Auch waren keine Aktivierungen durch ergebniswirksame Buchungen unterlassen worden. Die ausgewiesenen Zugänge stimmten mit den Werten der Buchungen im FI-AA überein. Die Abgänge wurden zutreffend erfasst.

Die Spalte 2 des Anlagenspiegels im Anhang des Jahresabschlusses beziffert die historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten des zu Beginn des Jahres 2024 vorhandenen Anlagevermögens des KOH. Sie belaufen sich auf 17,739 Mio. EUR.

Die Investitionsausgaben 2024 für Sachanlagevermögen betragen 179.679 EUR. Die Ausgaben betreffen neben Brandschutzmaßnahmen (131.067 EUR) u. a. die Anschaffung von Großgeräten für die Küche (34.978 EUR) und das neue Dienstplanprogramm (4.851 EUR).

Die Abgänge im Jahr 2024 betrafen lediglich Vermögensgegenstände mit einem Restbuchwert von 0,00 EUR zum Zeitpunkt des Abgangs. Die Anschaffungskosten hatten ursprünglich insgesamt ca. 18 TEUR betragen. Hier handelt es sich hauptsächlich um alte EDV-Geräte aus 2011.

Laut Anlagespiegel wuchsen die historischen Anschaffungs- u. Herstellungskosten zum Jahresende auf 17,901 Mio. EUR an (Spalte 5).

Dem Gebäudewert stehen auf der Passivseite die Restbuchwerte der Investitionszuschüsse früherer Jahre als Sonderposten gegenüber.

Spalte 6 des Anlagenspiegels enthält mit 10,232 Mio. EUR die kumulierten Abschreibungen zu Beginn des Berichtsjahres.

Nicht abgeschrieben wird der Grund und Boden (3.320.993 EUR), der einen maßgeblichen Teil des Anlagevermögens bildet.

Die anderen Vermögensgegenstände werden linear entsprechend den erwarteten Nutzungsdauern abgeschrieben.

Gemäß GuV betragen die Abschreibungen im Berichtsjahr 482.982,79 EUR. Dies sind 287.216 EUR weniger als die in der GuV für das Vorjahr 2023 ausgewiesenen 770.198,71 EUR. Die beiden Werte sind allerdings nicht miteinander vergleichbar, da ein Teil der Abschreibungen im Jahr 2023 (308.607 EUR) Korrekturbuchungen für 2022 darstellen. Wir verweisen hierfür auf unseren Prüfbericht zum Jahresabschluss 2023.

4.2.2.2 Umlaufvermögen

Das Vorratsvermögen (Roh-, Hilfs und Betriebsstoffe) wurde aufgrund der 2022 festgelegten Festwertmethode zum Festwert bilanziert. Die im Rahmen dieses Verfahrens durchzuführende Inventur erfolgte zum 31.12.2024. Der ermittelte Wert der Vorräte zum 31.12.2024 betrug 35.428 EUR.

Wir haben die Ergebnisse stichprobenhaft auf korrekte Wertermittlung geprüft. Die angesetzten Anschaffungskosten entsprachen den Preisen der letzten Rechnungen vor der Inventur. Der Wert je Artikel wurde rechnerisch richtig ermittelt. Auf eine Inventurbeobachtung haben wir verzichtet.

Anwendung der Festwertmethode seit 2022.

Die Forderungen zum 31.12.2024 waren mit 115 TEUR ausgewiesen (VJ 545 TEUR). Wie im Vorjahr betrifft dies vorwiegend offene Heimbewohnerrechnungen (70 TEUR).

Bei den offenen Heimbewohnerrechnungen war bis zum Prüfungszeitpunkt mehr als díe Hälfte der Forderungen ausgeglichen. Bei den zum Prüfungszeitpunkt nicht ausgeglichenen Forderungen (33 TEUR) handelt es sich bei über 65% um Forderungen aus den Jahren 2021 und 2022. Es ist davon auszugehen, dass die Forderungen nur zum Teil einbringbar sind. Wir regen hierfür eine bilanzielle Einzelwertberichtigung an.

Bilanzielle Wertberichtigung für ältere Forderungen prüfen.

Weitere offene Forderungen sind sog. debitorische Kreditoren (29 TEUR). Dies sind als Verbindlichkeiten ausgewiesene offene Posten, die eigentlich Forderungen sind und deshalb auf die Aktivseite der Bilanz umgegliedert wurden. Des Weiteren bestehen Forderungen aus Kautionen für die angemieteten Wohnungen in Höhe von 15 TEUR.

Forderungen zum 31.12.2024 nicht vergleichbar mit Forderungen zum 31.12.2023.

Die Umsätze aus Heimbewohnerabrechnungen für den Januar 2024 wurden fälschlicherweise in das Jahr 2023 gebucht. Aus dem zu gut ausgewiesen Umsatz ergaben sich zusätzliche Forderungen in dieser Höhe. Im Berichtsjahr 2024 fanden in Folge nur 11 Monatsabrechnungen statt, was einen geringeren ausgewiesenen Umsatz bedeutet.

Die ausgewiesene Wohnungskaution von 15 TEUR ist die Kaution für ein vom KOH angemietetes Gebäude mit 10 Apartments.

Zahlstelle wird separat geprüft.

Der benannte Kassenbestand mit 350 EUR betrifft den Wechselgeldvorschuss der Zahlstelle im KOH. Diese Zahlstelle ist Teil der Stadtkasse und wird regelmäßig geprüft.

4.2.3 Passiva

4.2.3.1 Eigenkapital
Der Ausweis von gezeichnetem Kapital (I.) und Kapitalrücklagen (II.) erfolgt grundsätzlich unverändert zu den Vorjahren.

Der Jahresüberschuss 2024 von 4.105.943,28 EUR wird mit dem Bilanzverlust des Vorjahres verrechnet und auf neue Rechnung vorgetragen.

2024: Eigenkapital wieder positiv.

Aufgrund des Ausgleichs des Bilanzverlusts zum 31.12.2023 beträgt das Eigenkapital zum Bilanzstichtag 31.12.2024 3.321.545,11 EUR. Es liegt keine bilanzielle Überschuldung mehr vor.

Jährlicher Verlustausgleich beschlossen.

Der beschlossene, zukünftig jährlich stattfindende, Verlustausgleich trägt zu einem positiven Eigenkapital und einer niedrigen Zinslast bei. Er dient der Bilanzklarheit.

Die Heimleitung hat dennoch weiterhin kostensenkende Maßnahmen sowie die Steigerung der Auslastung im Blick. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass die aktuelle Entscheidung zur Umsetzung der Landesheimbauverordnung mit einer Auflage zur Belegungsreduzierung einhergeht.

4.2.3.2 Sonderposten
Bilanziert werden Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens, also Fördermittel für Investitionen. Sie machen etwa 18% der Bilanzsumme aus.
Der Nachweis der Förderungen nach Art und Höhe kann den Anlagen des Anhangs entnommen werden.

4.2.3.3 Rückstellungen
Im Gegensatz zur Doppik sieht die PBV die Bildung von Urlaubs- und Überstundenrückstellungen ausdrücklich vor.

Seit diesem Jahr sind die Werte wieder mit den Vorjahreswerten vergleichbar, da das Berechnungsschema 2023 überarbeitet wurde. Die Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen und Überstunden betragen 114.648,34 EUR (2023: 70.175,15 EUR) bzw. 207.618,01 EUR (2023: 188.385,89 EUR). Dies ist eine Steigerung um fast 25 %.
Die Berechnungen im Schema sowie die Übernahme eingehender Daten erfolgte korrekt.

Auf die tabellarische Darstellung der Rückstellungen im Anhang des Jahresabschlusses wird verwiesen.

4.2.3.4 Verbindlichkeiten
Das KOH ist nicht durch Bankdarlehen finanziert. Daher gibt es keine derartigen Belastungen zu berücksichtigen.

Für Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen wurden 18 TEUR bilanziert. Diese betreffen zum großen Teil Rechnungen aus 2024, die erst im Jahr 2025 bezahlt wurden. Zum Prüfungszeitpunkt waren diese Verbindlichkeiten nahezu alle beglichen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger der Einrichtung sind die seitens STK verbuchten Einnahmen und Ausgaben des KOH, die arbeitstäglich und somit auch zum Jahresende die auf das KOH entfallenden Salden ausweisen. Wie in den Vorjahren waren diese ganzjährig negativ (Innerer Kassenkredit 804.005,35 EUR zum 01.01.2024 5. und 1.139.196,71 EUR zum 30.12.2024). Der Rückgang um mehr als 80% rührt aus dem im Dezember 2024 vorgenommenen Verlustausgleich.

Unter Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind Rechnungen für die Energieversorgung der Stadtwerk am See GmbH & Co. KG aufgenommen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen mit 12.000,00 EUR im Wesentlichen die Kautionen für die an Mitarbeitende vermieteten Wohnungen.

Der Verbindlichkeitenspiegel findet sich im Anhang des Jahresabschlusses.

4.3 Gewinn- und Verlustrechnung

Die GuV ist in Staffelform nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt und im Jahresabschluss des KOH als Anlage 2 abgedruckt.

Laut der GuV fielen Erträge von 12,086 Mio. EUR (ordentliche Erträge von 5,679 Mio. EUR und Erträge aus Verlustausgleich von 6,407 Mio. EUR) sowie Aufwendungen von 7,980 Mio. EUR an. Im Vorjahr fielen laut GuV Erträge von 5,898 Mio. EUR und Aufwendungen von 7,437 Mio. EUR an.
Bereinigt man die Erträge aus der GuV um die Erträge aus dem Ausgleich der Verluste bis einschließlich 2023, ergeben sich die genannten ordentlichen Erträge von 5,679 Mio. EUR.

Somit ergibt sich nach den genannten Korrekturen für 2024 ein Verlust von 1,907 Mio. EUR (2023: 1,933 Mio. EUR).

4.3.1 Erträge

Die oben genannte Berichtigung der Erlöse um die Erträge aus dem Verlustausgleich und aus der Zuordnung der Erträge aus dem Januar 2024 zum Berichtsjahr 2023 ermöglicht aussagekräftige Vorjahresvergleiche und sinnvolle Plan-Ist-Vergleiche.

Plan 2024 5.381.900 EUR (2023: 5.381.900 EUR)
Ergebnis 2024 6.073.210 EUR (2023: 5.503.901 EUR)
(GuV, Ziffern 1 - 6, 12 u. 16)

Die Ist-Erträge lagen 2024 691.310 EUR höher als geplant.

Umsatzerlöse 2024 (GuV Nr. 1 – Nr. 6)	11.937.349 EUR		Umsatzerlöse 2023 (GuV Nr. 1 – Nr. 6)	5.740.063 EUR
Abzgl. Erlöse Verlustausgl. 2024	-6.406.842 EUR		Abzgl. Erlöse Verlustausgl. 2023	0 EUR
Zzgl. Erlöse Januar 2024	393.718 EUR		Abzgl. Erlöse Januar 2024	-393.718 EUR
Erträge 2024 GuV Nr. 1 – 6 bereinigt	**5.924.225 EUR**		**Erträge 2023 GuV Nr. 1 – 6 bereinigt**	**5.346.345 EUR**
Erträge 2024 (GuV Nr. 12)	148.878 EUR		Erträge 2023 (GuV Nr. 12)	157.293 EUR
Erträge 2024 (GuV Nr. 16)	107 EUR		Erträge 2023 (GuV Nr. 16)	263 EUR
Erträge gesamt 2024 (GuV 1 – 6, 12, 16)	6.073.210 EUR		Erträge gesamt 2023 (GuV 1 – 6, 12, 16)	5.503.901 EUR

Die wichtigsten Umsatzerlöse sind die Erträge aus der vollstationären Pflege sowie die Erträge aus Unterkunft und Verpflegung der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner.

Die Erträge aus der Pflege sind in der Gewinn- und Verlustrechnung Teil der Erträge unter Nr. 1, die Erträge aus der Unterkunft und Verpflegung im Rahmen der Vollzeitpflege sind Teil der Erträge unter Nr. 2.

Die Erträge aus der vollstationären Pflege betrugen dieses Jahr laut GuV 3.535.672 EUR (2023: 3.154.984 EUR), die Erträge aus der Unterkunft und Verpflegung im Rahmen der Vollzeitpflege 1.050.929 EUR (2023: 904.597 EUR).

Die genannten Erlöse wurden um die Beträge für Januar 2024 ergänzt (2024) bzw. verringert (2023), da diese versehentlich dem Jahr 2023 zugeordnet worden waren. Die Differenz zu den in der Bilanz ausgewiesenen Erlösen aus diesen beiden Bereichen ist 393.718 EUR.

Die Erlöse sind sowohl aufgrund der höheren Auslastung als auch der Erhöhung der Pflegesätze zum Mai 2024 gestiegen. Die Pflegesätze sind im Schnitt um 10,1% gestiegen. Die Auslastung ist von 85,7% auf ca. 93,8% gestiegen, wenn man die Auslastung wie im Jahr 2023 auf 94 Betten rechnet. Dies war auch grundsätzlich zutreffend für 2024.

Für 2025 ergeben sich Änderungen. Auskunftsgemäß sind durch die Ausnahme von der Landesheimbauverordnung durch die Heimaufsicht die verfügbaren Betten von 94 auf 88 gesenkt worden. Diese 88 Betten beinhalten 82 Betten für Vollzeitpflege (inklusive vier eingestreute Kurzzeitpflegebetten) und sechs Betten, die nur für Kurzzeitpflege genutzt werden dürfen.

Bettenanzahl verringert sich 2025.

Die Zuweisungen und Zuschüsse betragen im Jahr 2024 149.275 EUR. Wie in den Vorjahren wurden hier auch Ersätze für Hausmeisterleistungen gebucht. Die Personalkostenzuschüsse sind mit 43.478 EUR im Jahr 2024 um 13 TEUR gesunken. 2024 wurden keine Eingliederungszuschüsse bzw. Sonderleistungen in Anspruch genommen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen den Ausgleich der Verluste bis zum 31.12.2023 aus dem Dezember 2024 in Höhe von 6.406.842 EUR.

4.3.2 Aufwendungen
Die Aufwendungen haben sich im GJ 2024 wie folgt entwickelt:

Plan 2024	7.245.320 EUR	(2023: 7.175.470 EUR)
Ergebnis 2024	7.980.391 EUR	(2023: 7.437.218 EUR)

(GuV, Ziffern 7 - 11, 13 - 15 u. 17)

Die Ist-Aufwendungen in 2024 lagen um rd. 735 TEUR höher als geplant.

Der Personalaufwand im Jahr 2024 beträgt 4.857.619 EUR (VJ 4.211.155 EUR). Die Summe teilt sich auf in:

a) Löhne und Gehälter	3.702.010,57 EUR
b) Sozialabgaben, Altersversorgung u. sonst. Aufwendungen	1.155.608,57 EUR

Der Personalaufwand ist um 646.464 EUR gestiegen. Grund waren vor allem die Gehaltserhöhung zum 1. März 2024. Das Gehalt erhöhte sich um 5,5%, jedoch mind. um 340,00 EUR.

Vom Personalaufwand entfallen 55.997 EUR auf die Nettozuführung und -auflösung von Personalrückstellungen. Daneben sind Summen für Stellenanzeigen i. H. v. 24.742 EUR (VJ 24.742 EUR) und Ausgaben für Fortbildung i. H. v. 18.296 EUR (VJ 8.202 EUR) enthalten. Die Umgliederungen wurden von uns einzeln nachvollzogen und sind korrekt.

Der Materialaufwand stieg mit 687.492 EUR (2023: 646.113 EUR) im Vergleich zum Vorjahr um 41.379 EUR bzw. 6,4%.

Es ist zu beachten, dass im JA 2024 Materialaufwand (GuV Nr.8d), der dem KOH in selber Höhe erstattet wird, in der GuV saldiert wurde und nicht als Ertrag (Umsatzerlöse, GuV Nr. 4a) und Aufwand separat ausgewiesen wird. Das Jahr 2023 wurde im Jahresabschluss 2024 entsprechend angepasst. Es handelt sich dabei um die Umlage aus der Altenpflegeausbildungsausgleichsverordnung. Für 2024 sind dies 135.950,14 EUR, für 2023 118.753,44 EUR.

Entgegen den anderen Positionen des Materialaufwands gingen die Aufwendungen für Lebensmittel zurück. Grund war auskunftsgemäß die in 2024 begonnene Umstellung der Küche auf einen höheren Anteil von Convenience-Produkten. Zudem wurde eine Küchenstelle in den Bereich Hausreinigung verlagert. Laut Aussage der Heimleitung wurde diese Veränderungen im Rahmen der Mitarbeiterfluktuation umzgesetzt.

Der Wirtschafts- bzw. Verwaltungsbedarf ist von 242 TEUR im Jahr 2023 auf 261 TEUR im Jahr 2024 gestiegen.

Der Aufwand für Mieten, Pacht und Leasing betrug 2024 145.736 EUR (2023: 150.211 EUR). Der Rückgang wird fast vollständig durch den Wegfall der Zahlungen an eine Hausverwaltung für ein Mietobjekt bewirkt.

Der Aufwand für Instandhaltung und Instandsetzung, der auch den Aufwand für Wartung einschließt, betrug 222.581 EUR (2023: 205.834 EUR). Die größten Positionen entfielen auf die Reparatur defekter Abwasserleitungen (40 TEUR), den Austausch der Küchenbeleuchtung (13 TEUR) und die Erneuerung der Kühlraumdecke (11 TEUR).

Die Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen, die von der Stadt erbracht werden, betrugen 1.202 TEUR (VJ 1.239 TEUR). Die Aufwendungen betreffen die Serviceumlage mit 623 TEUR und die Steuerungsumlage mit 579 TEUR. Die Steuerungsumlage ging gegenüber 2023 (617 TEUR) um ca. 6% zurück, während die Serviceumlage im Vergleich mit dem Vorjahr (622 TEUR) nahezu gleich blieb.
Der Gesamtbetrag beider Sekundärkosten ist unter Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen (Ziffer 9 GuV) ausgewiesen.

4.4 Anhang

Der Anhang ergänzt einzelne Posten von Bilanz und GuV durch zusätzliche Angaben, um dem Leser ein möglichst präzises Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln.

Erläuterungen im Anhang entsprechen den gesetzlichen Vorgaben.

Enthalten sind allgemeine Informationen sowie die angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Darüber hinaus Erläuterungen zu Bilanz und GuV sowie ergänzende Angaben.
Die im Jahresabschluss gemachten Angaben im Anhang entsprechen den gesetzlichen Vorgaben. Die beiden Besonderheiten des Berichtsjahres, die großen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, werden genannt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten und für die Zukunftsaussichten des KOH von Bedeutung wären, waren auskunftsgemäß nicht zu benennen.

4.5 Lagebericht

Als eigenständiger Teil der Rechnungslegung ergänzt der Lagebericht der Heimleitung den Jahresabschluss um Informationen über den Geschäftsverlauf, das erzielte Jahresergebnis und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des KOH sowie die Einschätzung der Chancen und Risiken.

Bei der Ertragslage wird auf das Jahresergebnis, die Entwicklung der Umsätze und auf die Auslastung eingegangen.

Die Zahl der aufgrund Ausnahmegenehmigung nach Landesheimverordnung von 94 auf 88 zurückgegangenen Plätze wird angesprochen und bei den Risiken und Prognosen erläutert.

Es wird auf die Aufwendungen aus Service- und Steuerungsumlagen eingegangen, die neben den Personalkosten den höchsten Aufwandsposten darstellen und aufgrund ihrer Höhe einem positiven Betriebsergebnis entgegenstehen.

Des Weiteren wird die Höhe des Verlusts aus der Vermietung der Mitarbeiterwohnungen mit 30.428 EUR angegeben. Dieser Wert ist versehentlich zu niedrig berechnet, er beträgt nach Rücksprache mit der Heimleitung 41.703 EUR. Auf eine Korrektur wurde verzichtet.
Der Sondereffekt durch den Verlustausgleich wird beschrieben, die Nennung des entsprechenden Jahresergebnisses ohne denselben ermöglicht die Einordnung der Werte.

Zur Finanzlage wird berichtet, dass sogenannte Innere Kassenkredite die negative Liquidität, die das ganze Jahr gegeben war, ausgleichen. Diese Kassenkredite sind verzinst. Durch den im Gemeinderat beschlossenen jährlichen Verlustausgleich wird die Zinsbelastung künftig sinken.

Laut dem Lagebericht ist die Vermögenslage des KOH gekennzeichnet durch einen Investitionsstau am Gebäude.

Als Risiko sieht der Verfasser den Fachkräftemangel, gleichzeitig werden die Bezahlung nach TVÖD und der gute Stellenschlüssel als Chancen beschrieben.

Fachkräftemangel nach wie vor große Herausforderung.

Der Ausblick geht insbesondere auf die Ausnahmegenehmigung für die Umsetzung der Landesheimbauverordnung, die neue zu beschaffende Heimsoftware und auf die Anmietung von Wohnungen ein. Des Weiteren werden die im Doppelhaushalt veranschlagten Erträge und Aufwendungen sowie die Auslastungsziele genannt.
Der Lagebericht gibt einen klaren Überblick über die Situation des KOH. Die in der GuV ausgewiesenen Erträge und die Gründe für das Abweichen von der wirklichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind verständlich erklärt.

5. Einzelthemen der Abschlussprüfung

5.1 Entwicklung der Heimentgelte

Die zum 01.03.2023 vereinbarten Vergütungen und Entgelte (Pflegesätze) galten bis zum 30.04.2024 (pro Monat wird einheitlich mit 30,42 Tagen gerechnet):

	Tag	Monat
Pflegegrad 1	64,91 EUR	1.974,56 EUR
Pflegegrad 2	84,22 EUR	2.561,97 EUR
Pflegegrad 3	100,39 EUR	3.053,86 EUR
Pflegegrad 4	117,26 EUR	3.567,05EUR
Pflegegrad 5	124,82 EUR	3.797,02 EUR

Ab 01.05.2024 galten folgende Vergütungen und Entgelte:

	Tag	Monat
Pflegegrad 1	70,28 EUR	2.137,92 EUR
Pflegegrad 2	95,17 EUR	2.895,07 EUR
Pflegegrad 3	111,35 EUR	3.387,27 EUR
Pflegegrad 4	128,21 EUR	3.900,15 5EUR
Pflegegrad 5	135,77 EUR	4.130,12 EUR

Die tatsächlich erzielbaren Erträge aus der Pflege hängen von Belegung und Pflegegraden ab.

Seit dem 01.01.2021 gilt der Versorgungsvertrag mit 94 Plätzen für vollstationäre Pflege. Die Ergänzung zum Versorgungsvertrag datiert auf den 01.09.2022. Aufgrund der Ausnahmegenehmigung beträgt die Platzzahl seit 01.10.2025 88 Plätze. Gemäß Lagebericht wurde dieser Anforderung bis Ende September 2024 nachgekommen, so dass sich 33.762 Soll-Plätze ergeben.

Der Investitionskostenanteil beträgt seit 28.03.2022 unverändert 14,54 EUR für ein Einzelzimmer und 10,00 EUR für ein Doppelzimmer.

Nach der Pflegetagestatistik wurden in 2024 insgesamt 31.828 Pflegetage erzielt (2023 29.405). Bei einer Belegung von 31.828 Plätzen bedeutet dies eine Auslastung von 94,27% (2023: 85,70%). Dieser Wert liegt deutlich oberhalb der in den vergangenen Jahren erzielten Ergebnisse.

Pflegetage in absoluten Zahlen, gruppiert nach Pflegegraden mit Vorjahresvergleich:

Jahr	PG1	PG2	PG3	PG4	PG5	Gesamt
2020	275	5.317	13.838	10.718	3.887	34.035
2021	15	3.390	11.111	13.628	4.657	32.801
2022	0	3.809	10.730	10.381	5.387	*30.311
2023	0	3.034	11.948	9.392	5.031	29.405
2024	0	3.807	12.849	10.370	4.802	31.828
% zum Vorjahr		25.5%%	7,5%	10,4%	-4,6%	8,2%

Vorjahresvergleich** in EUR:

Ziffer GuV	2023	2024	Veränderung
1.	3.414.377,74	3.956.284,09	+15,9%
2.	929.474,32	1.080.590,42	+16,3%
3.	17.328,84	19.610,70	+13,2%
4.	383.223,46	419.189,32	+9,4%
Summe 1-4:	**4.744.404,36**	**5.475.674,53**	**+15,4%**

Die Zahlen sind um den Abgrenzungsfehler (394 TEUR) bereinigt.

*ohne Zuordnung bleiben 4 Tage im PG 0.

**Ohne Umsatzerlöse nach § 277 HGB (Ziffer 4a), da nicht zum Kerngeschäft gehörend.

Die gestiegenen Erträge basieren zum einen auf einer Erhöhung der Pflegesätze zum 01.05.2024 und zum anderen auf der höheren Auslastung.

Im Rahmen der Erlösverprobung ergaben sich kleinfügige und damit unwesentliche Abweichungen. In diesem Zusammenhang haben wir uns von der Buchhalterin des KOH die Abläufe im Heimprogramm Profsys zeigen lassen. Die Ermittlung der finanziellen Daten aus der Pflege an SAP erfolgt nachvollziehbar und korrekt.

Richtige Ergebnisse aus der Erlösverprobung.

5.2 Stellenplan und besetzte Stellen

Im Stellenplan des KOH (Hh-Plan, Band I, S. 672) werden 2023 und 2024 unverändert 74,04 Stellen für tarifbeschäftigte Vollkräfte angegeben. Im Anhang des JA 2024 werden vom KOH insgesamt 63,86 Vollkräfte im Jahresdurchschnitt angegeben (2023: 60,05 2022: 64,28; 2021: 69,16; 2020: 67,08, 2019: 65,21).
Die Werte im Leistungsrecht und im städtischen Haushalt sind allerdings nicht vergleichbar. In der Leistungs- und Qualitätsvereinbarung sind die vereinbarten Stellenschlüssel nach Pflegegrad gestaffelt. Bei den Stellen im Anhang handelt es sich um die Zahl der VZK aus besetzten Stellen als Durchschnittswert zum jeweiligen Quartalsende.
Daran sieht man die Herausforderung, dass die Zahl im Stellenplan nur grob und vergangenheitsorientiert zu planen ist, da sich in der Pflege unterjährig Veränderungen ergeben.
2024 entfielen auf

Stellenplan kann im Pflegebereich nur grobe Planung sein.

- Pflege und Betreuung 46,04 VK (72,09%) VJ: 42,69 VK (71,09%)
- Hauswirtschaft und Technik 13,94 VK (21,83%) VJ: 14,65 VK (24,40%)
- Leitung und Verwaltung 3,88 VK (6,08%) VJ: 2,71 VK (4,51%)

Die personellen Veränderungen 2024 im Überblick

- 13 Austritte, darunter 3 Pflegefachkräfte.
- 14 Eintritte, darunter 7 Pflegefachkräfte.
- im Schnitt waren 9 Auszubildende im KOH beschäftigt

5.3 Umlagen für Ausbildung

2020 wurde im Zuge des Pflegeberufegesetzes der Ausbildungsfonds Baden-Württemberg (AFBW) eingeführt. Zugewiesen wird ein sog. Ausbildungsbudget.

Mit Bescheid vom 27.10.2023 wurde vom AFBW ein Umlagebetrag von monatlich 12.556,54 EUR festgesetzt, was in Summe 150.678,48 EUR für das Jahr 2024 bedeutet.

Gesamtbetrachtung		
Ausbildungsumlage 2024		
Planansatz	122.000,00 EUR	(VJ 122.000,00 EUR)
Gezahlte Umlagen	150.678,48 EUR	(VJ 126.513,00 EUR)
Ausgleichszuweisungen 2024		
Planansatz	150.000,00 EUR	(VJ 150.000,00 EUR)
Erhaltene Umlagen	277.608,23 EUR	(VJ 295.695,32 EUR)

Als Saldo aus der Summe der Einzahlungen und Erstattungen für 2024 verbleiben dem KOH für das GJ 2024 aus den Zuweisungen und Umlagen 127 TEUR (VJ 169 TEUR).

5.4 Anmietung von Wohnraum

Wohnraumanmietung sehr aufwändig.

Das KOH hat drei Objekte im Stadtgebiet angemietet. Dies steht im Zusammenhang mit dem Bemühen, in die Fachausbildung im Pflegeberuf zu investieren. Sowohl bei der Mitarbeitergewinnung als auch -bindung ist die Frage nach Wohnraum - zumindest mittelbar - ein entscheidender Faktor für die Einhaltung des Fachkräfteschlüssels. Dem gegenüber steht ein ausgesprochen hoher finanzieller wie auch organisatorischer Aufwand.

Kaltmieten und Betriebskosten werden vom KOH an die Vermieter bezahlt. Das KOH schließt wiederum seinerseits als Vermieter Mietverträge ab.
Die Mieteinnahmen fließen in Ziffer 4a, zugehörige Ausgaben in Ziffer 11 der GuV ein. Der Verlust aus dem Vermietungsgeschäft beträgt im GJ 41.703 EUR (2023: 39.000 EUR).

5.5 Kennzahlen zu Aufwendungen und Erträgen

Im Berichtsjahr wurden lt. Statistik insgesamt 31.828 Pflegetage verzeichnet. Gegenüber dem Vorjahr sind dies 2.423 Pflegetage mehr. Auf Grundlage der vorgehaltenen 94 Plätze entsprechen die in 2024 geleisteten Pflegetage einer Auslastung von 92,51%. Rechnet man die Verringerung der Betten ab 1.10.2024 auf 88 mit ein, ergibt die Auslastung 94,02%.

Zur Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung nachstehende Kennzahlen:

Jahr	*Pflegetage (PT)*	*Alle betrieblichen Erträge je PT*	*Personal- u. Materialaufwand je PT*
2024	31.828	186,13 EUR	174,22 EUR
	(GuV, Ziffern 1-6:	5.924.226 EUR	GuV, Ziff. 7+8: 5.545.111 EUR)
2023	29.405	181,82	165,19 EUR
	(GuV, Ziffern 1-6:	5.346.345 EUR	GuV, Ziff. 7+8: 4.857.268 EUR)
2022	30.311	178,77 EUR	166,80 EUR
	(GuV, Ziffern 1-6:	5.418.606 EUR	GuV, Ziff. 7+8: 5.056.047 EUR)
2021	32.801	162,78 EUR	146,99 EUR
	(GuV, Ziffern 1-6:	5.339.378 EUR	GuV, Ziff. 7+8: 4.821.591 EUR)
2020	34.035	151,34 EUR	142,81 EUR
	(GuV, Ziffern 1-6:	5.150.857 EUR	GuV, Ziff. 7+8: 4.860.579 EUR)

6. Beschlussempfehlung

Dem gesetzlichen Auftrag entsprechend haben wir den JA 2024 des KOH geprüft.

Den Umfang und die Art der Prüfungshandlungen haben wir im Rahmen der verfügbaren Zeit und des vorhandenen Personals unabhängig und nach eigenem Ermessen bestimmt. Der Bericht wurde nach bestem Wissen und Gewissen auf der Grundlage der uns vorgelegten Unterlagen, erteilten Auskünfte und eigenen Recherchen erstellt.

Der Abschluss ist dem Grunde und der Höhe nach ordnungsgemäß aus den Büchern und den weiteren Unterlagen entwickelt. Die gesetzlichen Vorschriften und die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung wurden beachtet.

Unsere Prüfung ergab keine wesentlichen Feststellungen und Beanstandungen, die der Feststellung des Jahresabschlusses nach § 95 b Abs. I GemO i. V. m. § 4 PBV durch den Gemeinderat insgesamt entgegenstünden.

Der Jahresabschluss vermittelt mit hinreichender Sicherheit ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Altenpflegeheims.

Dem Gemeinderat empfehlen wir die Feststellung des Jahresabschlusses 2024.

Friedrichshafen, den 13.11.2025

Jens Pittroff
Prüfer

Anlage

Wesentliche Zahlen im Überblick

Mengendaten (laut Statistik KOH)	2021	2022	2023	**2024**
Summe der Pflegetage	32.801	30.311	29.405	**31.828**
- Pflegegrad 1 (§ 15 Abs. 3 Nr. 1 SGB XI)	15	0	0	**0**
- Pflegegrad 2 (§ 15 Abs. 3 Nr. 2 SGB XI)	3.390	3.809	3.034	**3.807**
- Pflegegrad 3 (§ 15 Abs. 3 Nr. 3 SGB XI)	11.111	10.730	11.948	**12.849**
- Pflegegrad 4 (§ 15 Abs. 3 Nr. 4 SGB XI)	13.628	10.381	9.392	**10.370**
- Pflegegrad 5 (§ 15 Abs. 3 Nr. 5 SGB XI)	4.657	5.387	5.031	**4.802**
- ohne Einstufung	-	4		**0**
Bewohner im Jahresdurchschnitt	89,9	83,0	80,5	**87,2**

Finanzdaten (in EUR, gerundet)				
Buchwert Betriebsgebäude (ohne TG)	3.905.088 €	4.199.820 €	3.965.849 €	**3.649.267 €**
Summe Investitionen (ohne GWG)	66.120 €	387.394 €	552.409 €	**179.679 €**
Netto-Abschreibungen	387.076 €	- 57.189 €*	770.199 €	**482.983 €**

Erträge und Aufwendungen:				
Planansatz Erträge	4.941.010 €	4.941.010 €	5.381.900 €	**5.381.900 €**
Ergebnis Erträge (GuV, Ziff. 1-6, 12 u. 16)	5.510.330 €	5.584.918 €	5.503.901 €	**6.073.210 €**
Planansatz Aufwendungen	7.119.810 €	7.211.210 €	7.175.470 €	**7.245.320 €**
- darunter Wartung und Instandhaltung	100.400 €	100.400 €	73.500 €	**73.500 €**
Ergebnis Aufwendungen	6.657.615 €	6.930.341 €	7.437.217 €	**7.980.391 €**
- darunter Wartung und Instandhaltung	165.374 €	192.212 €	205.834 €	**222.581 €**
Umsatzerlöse (Heimerträge, GuV Ziff. 1, 2 u. 4, ohne 4a)	4.942.521 €	4.656.565 €	4.727.076 €	**5.456.064 €**
Löhne und Gehälter, GuV Ziff. 7a	2.955.018 €	3.231.171 €	3.198.147 €	**3.702.011**
Besetzte Stellen zum 30.06. (lt. Statistik JA, Anlage 3, in Vollkräfte umgerechnet)	69,16	64,28	60,05	**63,86**

Kennzahlen				
Kostendeckungsgrad	82,77 %	80,59 %	74,00 %	**76,10 %**
Personalaufwand gesamt je Pflegetag	119,91 €	140,37 €	143,21 €	**152,62**